

An die Arbeiterschaft

Der Bundesrat hat die Öffentlichkeit mit einem Truppenaufgebot überrascht. Eine mobile Reservearmee soll gebildet werden, um sie gegebenenfalls gegen die kämpfende Arbeiterschaft zu werfen.

Mit diesem Aufgebot hat der Kampf für die Wahrung eurer Lebensrechte eine plötzliche Wendung erfahren. Nachdem die eigentliche Zivildienstpflicht gefallen war und eine Verständigung über die anderen noch strittigen Punkte nicht unmöglich schien, erweckt das Militäraufgebot den Eindruck, als wolle der Bundesrat auf Drängen der Scharfmacher seine ursprünglichen Pläne wieder aufnehmen und sie mit Gewaltmassnahmen gegen den Willen der Arbeiter durchsetzen.

Diese Absicht käme einem herausfordernden Anschlag gleich und müsste den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft des ganzen Landes erwecken.

Wir sind keineswegs Gegner der Produktionsvermehrung. Was wir ablehnen, ist der militärische Zwang. Was wir fordern, eine Organisation der Arbeit, die die Rechte der Arbeiter wahrt und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sichert. In diesem Sinne sind unsere Vertreter beauftragt, beim Bundesrat zu verlangen:

1. Ausreichende Vertretung der Arbeiterorganisationen in der Kommission des Meliorations- und Arbeitsamtes.
2. Tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen Bund und Gewerkschaftsbund auf der Grundlage des freien Arbeitsvertrages.
3. Gleichstellung der Deserteure und Refraktäre mit der übrigen Arbeiterschaft.
4. Entlassung aller für Meliorationsarbeiten zwangsweise Aufgebotenen, sofern sie nicht als freie Arbeiter beschäftigt werden sollen.
5. Beschränkung der Meliorationsarbeiten auf solche Gebiete, die der öffentlichen Gemeinschaft gehören oder von ihr in Zwangspacht genommen und unter Ausschluss der Erzeugnisse von jeder Spekulation auf Rechnung der Allgemeinheit bebaut werden.

Zu dem Ergebnis der Verhandlungen wird eine allgemeine Konferenz aller Organisationen Stellung zu nehmen und die nötigen Beschlüsse zu fassen haben. Ein von den unterzeichneten Körperschaften bezeichneter Aktionsausschuss wird die entsprechenden Anträge vorbereiten.

Gegen das erfolgte Truppenaufgebot, herausfordernd, weil es sich gegen die im Abwehrkampf stehende Arbeiterschaft richtet, sinnlos, weil es mehr als 6'000 meistens in der Landwirtschaft tätige Männer nützlicher Arbeit entzieht, erheben wir Protest und verlangen dessen Aufhebung. Die Arbeiterschaft fordern wir auf, dem Militäraufgebot gegenüber kühles Blut zu bewahren, sich nicht provozieren, sich aber auch nicht als militärisches Werkzeug wider die eigenen Klasseninteressen missbrauchen zu lassen.

Die Leitungen der Organisationen werden der Lage fortgesetzt die grösste Aufmerksamkeit schenken und sofort mit den ihr wirksam erscheinenden Mitteln, den allgemeinen Streik nicht ausgeschlossen, eingreifen, wenn den Rechten der Arbeiterschaft Gewalt angetan werden will.

Seid gewärtig dem Ruf und bereit! Hoch die Solidarität der Arbeiterklasse!

Olten, 4. Februar 1918.

Geschäftsleitung der soz.-dem. Partei der Schweiz.
Ausschuss des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.
Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung.

Strassenbahner-Zeitung, 15.2.1918.